

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindentwicklung
am Donnerstag, dem 18.12.2025

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 18:30 Uhr

- öffentlich -

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsfrau Monika Drees

Ratsfrau Viktoria Heller

ab 18.35 Uhr anwesend

Ratsherr Harald Helling

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Borchert Meyer

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Thorben Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Henrik Kroog

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter 2 Matthias Kwiske

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiter 3 Sven Warns

Fachbereichsleiterin 1 Jutta Zander

Abwesend:

Mitglieder

Ratsherr Jörg Bade

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsfrau Antje Warnken

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
- 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung
- 1.2 der Beschlussfähigkeit
- 1.3 der Tagesordnung

- 2 Genehmigung der Niederschriften vom 30.10. und 13.11.2025

- 3 Beschlussfassung über den Zeitplan der Erstellung der noch offenen Jahresabschlüsse
Vorlage: BÜ/081/2025

- 4 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG für
das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: FB 2/082/2025

- 5 Turn- und Lehrschwimmhalle - weiterer Förderantrag
Vorlage: FB 2/083/2025

- 6 Änderung der Kita-Richtlinie aufgrund des Ratsbeschlusses vom 30.10.2025 zur
Hortbetreuung
1/085/2025
Vorlage: FB

- 7 Sachstand Grundschule

- 8 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 8.1 Sachstand Sanierung Eschhofsiedlung
- 8.2 Sachstand Homepage

- 9 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

1.1 der ordnungsgemäßen Einladung

Die Einladung ist allen Ratsmitgliedern fristgerecht zugegangen. Einwände gegen die Einladung ergeben sich nicht.

1.2 der Beschlussfähigkeit

Zur heutigen Ausschusssitzung sind 15 Ratsfrauen und Ratsherren anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

1.3 der Tagesordnung

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen teilt mit, dass am 17.12.2025 ein Bürgerbegehren nach § 32 Abs. 3 S. 4 NKOMVG, welches sich auf den TOP 6 (Änderung der Kita-Richtlinie aufgrund des Ratsbeschlusses vom 30.10.2025) bezieht bei der Gemeinde eingegangen ist. Der Vorsitzende stellt daher die Frage, ob der TOP 6 aufgrund des Bürgerbegehrens vertagt werden soll.

Um 18.32 Uhr Antrag zur Geschäftsordnung von Ratsherr Harald Schöne:
Er teilt mit, dass seiner Meinung nach keine Absetzung des Tagesordnungspunktes erfolgen soll.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es kommt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung spricht sich mehrheitlich gegen eine Änderung der vorliegenden Tagesordnung aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	9
Enthaltung:	0

Damit wird die Tagesordnung nicht verändert und bleibt wie vorliegend bestehen.

2 Genehmigung der Niederschriften vom 30.10. und 13.11.2025

Zu den vorliegenden Niederschriften werden keine Wortmeldungen abgegeben.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung genehmigt mehrheitlich die Protokolle vom 30.10.2025 und 13.11.2025 in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	0
Enthaltung:	1

Damit sind die Protokolle genehmigt.

Hinweis: Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes um 18.35 Uhr betritt Ratsfrau Heller den Sitzungssaal. Damit erhöht sich ab jetzt die Anzahl der Ratsmitglieder auf 15.

3 Beschlussfassung über den Zeitplan der Erstellung der noch offenen Jahresabschlüsse Vorlage: BÜ/081/2025

Fachbereichsleiter Warns und Bürgermeisterin Winkelmann stellen die vorliegende Sitzungsvorlage vor.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen

Ratsherr Ammermann teilt mit, dass nach den ihm vorliegenden Informationen viele Kommunen die nach dem Gesetz zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAG) geschaffene Möglichkeit der Beschleunigten Jahresabschlüsse nutzen. Er erwähnt, dass sich in der Gemeinde Lemwerder derzeit noch der Jahresabschluss 2017 in Bearbeitung befindet. Ratsherr Ammermann spricht sich daher für die Nutzung des Verfahrens zur Beschleunigung der Jahresabschlüsse aus.

Ratsherr Wohlers spricht sich für die UWL-Fraktion gegen die Nutzung des Verfahrens zur Beschleunigung der Jahresabschlüsse aus. Er begründet es damit, dass die Prüfungen welche das Rechnungsprüfungsamt in der Vergangenheit durchgeführt hat bereits einige Fehler im Jahresabschluss ans Licht gebracht haben. Als Beispiel werden Fehler im Jahresabschluss 2016 aufgeführt.

Ratsherr Ammermann teilt dazu mit, dass bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2016 Belege gefehlt haben, es dennoch eine Entlastung der Verwaltung gab und es sich in den offenen Abschlüssen bis 2022 um die Amtszeit von Regina Neuke handelt.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass die Verwaltung Post von der Kommunalaufsicht erhalten habe. In dieser ist mitgeteilt worden, dass die Verwaltung bis zum 15.01.2026 den zukünftigen Umgang mit den Jahresabschlüssen darstellen soll. Die Mail des Rechnungsprüfungsamtes liegt dem Protokoll bei.

Bürgermeisterin Winkelmann gibt zu bedenken, dass im Jahre 2026 vier Jahresabschlüsse erstellt werden müssen. Nur so ist es möglich, dass bis zum Jahre 2028 alle Jahresabschlüsse bis einschließlich 2024 final fertiggestellt sind. Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass die Gemeinde Lemwerder als eine der wenigen Kommunen noch mit dem alten SAP System arbeitet und dieses ab dem Jahr 2027 nicht mehr bzw. gegen zusätzliche Gebühren durch die KDO supportet wird. Aufgrund der oben genannten Punkte spricht sich Bürgermeisterin Winkelmann für die Nutzung der Möglichkeit der Beschleunigten Jahresabschlüsse aus.

Ratsherr Schöne, Harald erwähnt, dass in den Jahresabschlüssen 2015 und 2016 negative Aspekte enthalten waren und es diese wahrscheinlich in anderen Gemeinden des LK Wesermarsch nicht gab. Seiner Meinung nach nutzen aus diesem Grund viele Kommunen/Städte im LK Wesermarsch das beschleunigte Verfahren zum Erstellen von Jahresabschlüssen.

Ratsherr Schöne, Harald spricht sich gegen die Nutzung der der Möglichkeit der Beschleunigten Jahresabschlüsse aus.

Ratsherr Schröder sagt, dass seiner Meinung nach alle Aspekte ausgetauscht sind und beantragt die Abstimmung.

Fachbereichsleiter Warns teilt mit, dass der den von vielen Ratsmitgliedern geäußerten Wunsch nach Prüfung der Jahresabschlüsse verstehen kann. Er erwähnt jedoch nochmals

die Zeitlimits welche die Gemeinde hat (SAP System kann ab 2027 in der vorliegenden Form nicht mehr ohne hohe Kostengenutzt werden und die Gemeinde muss um die Vorgaben des Rechnungsprüfungsamtes zu erfüllen in 2026 vier Jahresabschlüsse erstellen) und teilt mit, dass wenn das alte SAP System nach 2027 weiter genutzt wird, hohe Gebühren anfallen. Diese Gebühren würden dann den Haushalt negativ belasten.

Fachbereichsleiter Warns spricht sich für die Nutzung der Möglichkeit der Beschleunigten Jahresabschlüsse aus und mahnt, dass die Gemeinde sich sehenden Auges möglicherweise in eine Handlungsunfähigkeit hineinmanövriert.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen erwähnt, dass bei Nichtnutzung des beschleunigten Verfahrens die Gemeinde in ein schlechtes Licht gerückt wird.

Um 18.45 Uhr Antrag zur Geschäftsordnung von Ratsherr Schöne, Harald.
Er bemängelt, dass die Beschlussvorlage vom Ausschussvorsitzenden nicht korrekt vorgetragen wurde.

Daraufhin verliest der Vorsitzende die Beschlussvorlage erneut.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es kommt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss und dem Rat mehrheitlich die offenen Jahresabschlüsse 2018 bis 2022 in verkürzter Form zu erstellen und auf die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt zu verzichten. Mit anderen Worten von der Möglichkeit des Jahresabschlussbeschleunigungsgesetzes vollumfänglich Gebrauch zu machen um die Erstellung der offenen Jahresabschlüsse möglichst schnell aufzuholen.

Dabei kommt das Jahresabschlussbeschleunigungsgesetz wie folgt zur Anwendung:

Nach Inkrafttreten des Nds. Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse (NBKAB) zur Umsetzung der erleichternden Übergangsregelungen bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2022 wird beschlossen, das Erstens:

- gemäß § 1 (1) Nr. 1 NBKAG i. V. m. § 128 (2) Nr. 4 NKomVG von der Erstellung des Anhangs und
- gemäß § 1 (1) Nr. 2 NBKAG i. V. m. § 52 (3) KomHKVO von der Erstellung der Teilergebnisrechnungen und
- gemäß § 1 (1) Nr. 2 NBKAG i. V. m. § 53 (3) KomHKVO von der Erstellung der Teilfinanzrechnungen abgesehen wird.

Zweitens:

- die Rechnungsprüfung gemäß § 2 Satz 1 NBKAG i. V. m. § 155 (1) Nr. 1 NKomVG die Prüfung des Jahresabschlusses nicht umfasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	8
Enthaltung:	2

Damit kann die Verwaltung von der Möglichkeit der Nutzung des Jahresabschlussbeschleunigungsgesetzes keinen Gebrauch machen.

**4 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: FB 2/082/2025**

Bürgermeisterin Winkelmann stellt die vorliegende Beschlussvorlage vor.

Seitens der Ausschussmitglieder geben sich Fragen:

Ratsfrau Rosenow spricht die Überplanmäßige Ausgabe „Einbau Abbiegeassistenzsystem“ an und erkundigt sich wofür dieses angeschafft wurde.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass diese Systeme in den Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr eingebaut wurden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es kommt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt dem Rat einstimmig, den in der Sitzungsvorlage dargestellten zustimmungspflichtigen über- und außerplanmäßigen Ausgaben zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit wird dem Rat einstimmig die Zustimmung zu den zustimmungspflichtigen über- und außerplanmäßigen Ausgaben empfohlen.

**5 Turn- und Lehrschwimmhalle - weiterer Förderantrag
Vorlage: FB 2/083/2025**

Fachbereichsleiter Kwise stellt die vorliegende Sitzungsvorlage vor und teilt mit, dass es das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ gibt und dieses bei den Liegenschaften der Gemeinde Lemwerder am besten bei der Turn- und Lehrschwimmhalle angewendet werden kann. Er erwähnt, dass die Gemeinde einen Bewilligungsbescheid für die Förderung erhalten hat.

Bis zum 15.01.2026 soll eine Projektskizze für einen zweiten Förderantrag eingereicht werden. Fachbereichsleiter Kwise berichtet, dass ein Energieexperte hinzugezogen wird. Ohne diese Expertise kann der Antrag nicht gestellt werden. Es ist geplant folgende Maßnahmen in der Turn- und Lehrschwimmhalle mit Hilfe der Förderung umzusetzen: Lüftungsanlage (zur besseren und effizienteren Energiegewinnung) sanieren, Barrierefreiheit durch Aufzug im Eingangsbereich verbessern. Ferner sollen durch eine bereits vorhandene Förderung die Kellerwände saniert und die Umwälzpumpe getauscht werden. Durch die beschriebenen Maßnahmen wäre es auch möglich, dass die Schwimmhalle weniger Energie verbraucht. Außerdem ist ein besseres Energiemonitoring möglich. Außerdem soll die Beleuchtung in Schwimmhalle und den Umkleieräumen mit Hilfe der Förderung verbessert werden. Ferner sollen mit Hilfe der Förderung die Eingangstüren erneuert werden und die Beheizung des Gebäudes soll evaluiert werden.

Die Kosten für die Maßnahmen müssen noch ermittelt werden. Dies geschieht lt. Fachbereichsleiter Kwiske bis zum 15.01.2026

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Nachfragen und es kommt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt dem Rat einstimmig die Verwaltung zu beauftragen eine Projektskizze für das Bundesprogramm „ Sanierung kommunaler Sportstätten“ fristgerecht zum 15.01.2026 einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit wurde die Empfehlung an den Rat einstimmig gefasst.

**6 Änderung der Kita-Richtlinie aufgrund des Ratsbeschlusses vom 30.10.2025 zur Hortbetreuung
Vorlage: FB 1/085/2025**

Fachbereichsleitung Zander stellt die vorliegende Sitzungsvorlage und die vorliegende und geänderte Richtlinie „ für den Besuch von Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Benutzerentgelten“ vor. Änderungen waren zum Einen redaktionell nötig und zum Anderen musste aufgrund des Ratsbeschlusses vom 30.10.2025 (Hortnutzung ausschließlich für die Klassen drei und vier) §2 Nr. 1 der Richtlinie geändert werden.

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich Wortmeldungen.

Ratsfrau Rosenow teilt für die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen mit, dass die Grünen den §2 Nr. 1 Dritter Absatz der Richtlinie dahin gehend erweitert/ergänzt haben möchten, dass auch Kinder der Klassen 5 und 6 in den Hort aufgenommen werden können.

Ratsfrau Heller teilt mit, dass sie diese Änderungen/Ergänzungen gut „mittragen kann“ und möchte, dass §6 Nr. 1 der Richtlinie dahingehend geändert wird, dass auch Plätze welche in der Einzelfallprüfung vergeben werden für ein Jahr befristet vergeben werden.

Weitere Wortmeldungen zu Änderungswünschen ergeben sich nicht und es kommt zur Abstimmung der beiden Änderungswünsche.

Abstimmung Änderungswunsch Bündnis 90/ Die Grünen

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt mehrheitlich dem Rat zu beschließen, dass auch Kinder der Klassen 5 und 6 in den Hort aufgenommen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	2
Enthaltung:	1

Damit ist die Änderung mehrheitlich angenommen worden.

Abstimmung Änderungswunsch Ratsfrau Heller

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt mehrheitlich dem Rat zu beschließen dass auch Plätze welche in der Einzelfallprüfung vergeben werden für ein Jahr befristet vergeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	0
Enthaltung:	6

Ratsfrau Ludwig teilt für die CDU/NFL- Gruppe mit, dass diese sich für die Wahlfreiheit zwischen Ganztagschule und Hort ausspricht und die Wahlfreiheit mit der Richtlinie in der vorliegenden Form nicht umgesetzt werden kann. Aus diesem Grund wird die CDU/NFL- Gruppe der Richtlinie nicht zustimmen.

Ratsherr Ruminski erkundigt sich wie lange es die Essenspauschale schon gibt. Fachbereichsleitung Zander teilt dazu mit, dass es diese Essenspauschale bereits dem Jahr 2016 gibt.

Ratsherr Ruminski bittet, dass die Richtlinie um die positiven Einkünfte ergänzt wird. Ratsherr Ammermann pflichtet Ratsherrn Ruminski bei.

Ratsherr Ruminski beantragt, der Satz welcher in der letzten Fassung der Richtlinie zum Punkt positive Einkünfte verzeichnet ist wieder aufgenommen wird.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt einstimmig, dass der , der Satz welcher in der letzten Fassung der Richtlinie zum Punkt positive Einkünfte verzeichnet ist wieder aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit wurde sich einstimmig für die von Ratsherrn Ruminski eingebrachte Änderung ausgesprochen.

Weitere Änderungswünsche/Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung über das Inkrafttreten der Richtlinie

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung empfiehlt dem Rat mehrheitlich die Richtlinie „ für den Besuch von Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Benutzungsentgelten“ zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	4
Enthaltung:	0

Damit wird dem Rat empfohlen die oben genannte Richtlinie zu beschließen. Sollte das Bürgerbegehren welches der Richtlinie anhängig ist erfolgreich sein muss im erneut beraten und abgestimmt werden.

7 Sachstand Grundschule

Bürgermeisterin Winkelmann informiert über den aktuellen Sachstand bei der Ganztagschule.

Ende Januar 2026 soll es eine Gesamtkonferenz geben und bis zu diesem Tag müssen die von der Schule durchzuführenden Arbeiten am Konzept beendet sein.

Ratsfrau Heller erkundigt sich nach der finanziellen Ausstattung für die Ganztagschule und möchte erfahren wann über diese Ausstattung gesprochen wird.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass sie aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Familien und Senioren mitgenommen hat, dass die finanzielle Ausstattung im Rahmen der Haushaltberatungen 2026 beraten werden soll.

Ferner erwähnt Bürgermeisterin Winkelmann, dass die Kooperationspartnersuche Aufgabe der Schule ist. Sie teilt mit, dass es mit der Schulleitung Eike Glimm demnächst ein Treffen geben wird.

8 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Anfragen und Anregungen von Ratsherren:

Ratsherr Ruminski erkundigt sich warum die Frauenparkplätze nicht mehr beschildert sind.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass die Schilder nicht mehr gut lesbar waren, daher entfernt wurden und zeitnah durch neue ersetzt werden.

Ratsherr Ruminski erkundigt sich warum die Schilder nicht eher bestellt wurden.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass das Beschaffungsverfahren zukünftig anders läuft.

Ratsfrau Rosenow spricht an, dass die Straße Sannauer Hellmer in einem schlechten Zustand sei und erkundigt sich was hier geplant ist.

Fachbereichsleiter Paack teilt mit, dass es durch den Bau von neuen Windkraftanlagen zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen kommt und die Baufirma die Verkehrssicherungspflicht sicherstellen muss.

Er teilt mit, dass es noch ca. 3 Jahre dauern wird bis die Straße wieder normal befahrbar sein wird. Eine Sanierung macht erst Sinn wenn die Bauarbeiten zum Bau der Windkraftanlagen abgeschlossen sind. Eine Verkehrssicherungspflicht gibt es aber dauerhaft.

Ratsherr Schöne, Harald erkundigt sich nach dem Baufortschritt bei der „Alten Pastorei“. Hier gab es in der jüngeren Vergangenheit Probleme mit den Sanitäranlagen.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass in der Großtagespflegestelle „Alte Pastorei“ in 02/2026 der Betrieb mit einer Gruppe starten soll. Alle Kinder welche bis jetzt angemeldet sind werden auch vorher untergebracht. Drei Kinder werden in 01/2026 noch von einer Tagesmutter betreut. Sie wechseln dann in 02/2026 in die Pastorei.

8.1 Sachstand Sanierung Eschhofsiedlung

Zum Sachstand „Sanierung Eschhofsiedlung“ wird von Fachbereichsleiter Paack folgendes berichtet:

- Die Detmarstraße ist fertiggestellt.
- Die Tammostraße ist für den Verkehr befahrbar.
- Aufgrund der Witterung ist es bei der Sanierung der St. Veit Straße zu Verzögerungen gekommen. Fachbereichsleiter Paack teilt mit, dass in der St. Veit Straße nochmal Schotter aufgefahren wird. Dies soll zur Verbesserung der Nutzbarkeit beitragen. In dieser Straße stehen auch vier Lindenbäume. Daher wurde ein Baumgutachten erstellt. Dieses ist zu dem Schluss gekommen, dass die Lindenbäume gefällt werden müssen. Eine Ersatzpflanzung wird durchgeführt werden. Ratsfrau Ludwig erkundigt sich ob die Bäume an derselben Stelle ersetzt werden. Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass dies so geplant ist.
- Die Eschhofstraße soll von 05.-12.2026 saniert werden.

8.2 Sachstand Homepage

Bürgermeisterin Winkelmann informiert darüber, dass die neue Homepage der Gemeinde Lemwerder seit dem gestrigen Tag online ist, es jedoch in den nächsten Wochen noch weitere Änderungen/Anpassungen geben wird. In einem zweiten „Step“ werden auch Onlinedienstleitungen über das digitale Rathaus für die Bürger_innen nutzbar sein.

9 Einwohnerfragestunde

Seitens der Einwohner_innen ergeben sich Fragen:

Eine Einwohnerin erkundigt sich was die Einzelfallprüfung bei der Platzvergabe im Hort für die Kinder der Klassen 5 und 6 bedeutet.

Fachbereichsleitung Zander teilt mit, dass nach den Anmeldungen für die Klassen 3+4 geschaut wird wie viele Plätze noch zur Verfügung stehen und diese dann mithilfe einer Matrix an die Kinder der Klassen 5+6 vergeben werden.

Weitere Fragen seitens der anwesenden Einwohner_innen ergeben sich nicht.

Vorsitzende/r

Bürgermeisterin

Protokollführer